

## **DPG-Rundbrief – April IV 2020**

Liebe DPG-Mitglieder,  
liebe Leserin, lieber Leser,

aus aktuellem Anlass senden wir Ihnen diesen Rundbrief mit zwei wichtigen Themen und wünschen Ihnen und Ihren Familien beste Gesundheit.

### **Zur Bildung der neuen israelischen Regierung Ob Gantz oder Netanjahu: Die Palästinenser sind schon wieder die Verlierer!**

Die neu gebildete Regierung von Netanjahu und Gantz ist für die palästinensische Bevölkerung weiterhin eine Regierung der Besatzung, Annexion, Judaisierung und Rassendiskriminierung. Sie wird Pläne der alten Regierung zur ethnischen Säuberung des palästinensischen Volkes verschärft verfolgen und gegen alle Proteste umsetzen. Eine solche Regierung, die ihre Arbeit mit der Annexion besetzter palästinensischer Gebiete im Westjordanland im kommenden Juli beginnen will, beweist, dass es für die unterdrückten Palästinenser egal ist, wer Israel regiert, denn Netanjahu und Gantz sind sich in dieser Hinsicht ganz einig.

Allein die Beibehaltung des israelische Nationalgesetzes, das sich ausschließlich gegen alle Palästinenser, ob im Kernland oder in den völkerrechtswidrig besetzten Gebieten richtet und alle gleichermaßen benachteiligt, ist mehr als ein Beleg für die feindselige unterdrückerische Politik gegen die arabische Bevölkerung.

Es ist durchaus legal und legitim, dass sich die betrogene palästinensische Zivilbevölkerung gewaltfrei und entschlossen gegen ihre Besatzer erhebt und eine einheitliche politische Front ohne Differenzen bildet.

Eine aktive über Resolutionen hinausgehende Unterstützung der Palästinenser durch die Weltöffentlichkeit und durch die am Boden liegenden arabischen Staaten ist nicht zu erwarten, zumal das Vorgehen dem jegliche Verständigung zerstörenden „Jahrhundertplan“ des amerikanischen Präsidenten entspricht. Erschwerend kommt die weltweite Beschäftigung und Bekämpfung der Corona-Pandemie hinzu, die alle regionalen Konflikte, Besatzungs- und Annektionsaktivitäten und Menschenrechtsvergehen überlagert.

Alle Diskussionen, offiziellen politische Statements und Reden zur Zwei-Staatenlösung sind mit dem Vorgehen der neuen israelischen Regierung endgültig ad absurdum geführt. Es bleibt alleine die Frage, was diesen Staat in Zukunft noch von einem weitgehenden Apartheidsystem mit demokratischem Anstrich unterscheidet.

Ob Gantz oder Netanjahu: Die Palästinenser sind schon wieder die Verlierer!

Den Palästinensern bleibt nur noch – wie immer – die HOFFNUNG

**Wir helfen mit zur Bekämpfung der Corona-Pandemie in Palästina**

Deutsch-Palästinensische Gesellschaft e.V.

IBAN: DE90 3706 0590 0000 3392 10

BIC: GENODED1SPK

Stichwort – Corona-Palästina

## Juden in Deutschland brauchen keine Sonderbehandlung mehr

**Das Verhältnis Deutschlands zu den Juden und zu Israel ist verständlicherweise durch den Holocaust geprägt. Doch dadurch ist er ritualisiert, anormal - und manchmal auch aktiv schädlich geworden.**

Von David Ranan Apr 20, 2020 – Haaretz, übersetzt

Deutschland macht schwierige Zeiten durch, und das nicht nur wegen der Auswirkungen der Coronavirus-Pandemie. Angela Merkel, die Verkörperung des deutschen, ja europäischen Gemeinns und der Stabilität und eine überzeugte Verfechterin des deutschen Sonderverhältnisses zu Israel nach dem Krieg, ist auf dem Weg nach draußen, während die rechtsextreme Alternative für Deutschland die drittstärkste politische Kraft im Bundestag ist und ihre Unterstützung regional konsolidiert. Was bedeutet das alles für die Juden? Ist es möglich, in Deutschland ein "normales" jüdisches Leben nach dem Holocaust zu führen? Welche politischen Tendenzen bedrohen tatsächlich die freie Entscheidung der Juden in Deutschland, nach eigenem Gutdünken zu sprechen, zu handeln und sich zu identifizieren? Ist der politische Elitekonsens der Nachkriegszeit in Deutschland - für "Juden und Israel, richtig oder falsch" - so gefestigt, wie er einst war? Sollte er das? Haben Juden in Deutschland eine Zukunft? Und wenn ja, was für eine Zukunft?

Um zu verstehen, wo Deutschland und seine Juden heute stehen, muss man zu den Anfängen des jüdischen Lebens in der neu gegründeten Bundesrepublik zurückgehen. Es begann mit einer kleinen Gruppe von etwa 15.000 Juden, hauptsächlich aus Osteuropa, die sich dafür entschieden, die nach dem Krieg errichteten provisorischen Vertriebenenlager nicht zu verlassen, um sich auf den Weg nach Israel oder in die USA zu machen, sondern in Deutschland zu bleiben.

Diese vertriebenen Juden, die sich entschieden, in einem Land zu bleiben, das immer noch voller Nazis war, und die wenigen tausend deutschen Juden, die nach dem Krieg zurückkehrten, wurden in der jüdischen Welt als Parias betrachtet. Diejenigen, die blieben, und ihre Vertretungen wurden jahrelang von der jüdischen Welt boykottiert. Für die meisten Juden auf der ganzen Welt war es für eine Normalisierung viel zu früh: Sie mussten Deutschland bestraft sehen. Dass eine kleine Zahl von Juden sich dafür entschied, im Land der Täter, unter den Tätern, zu leben, war ein Affront: Man hielt sie für würdelos, was den Namen und das Ansehen des jüdischen Volkes aktiv befleckte. Jahrzehntlang nach dem Holocaust weigerten sich viele Juden, Deutschland zu besuchen, deutsche Waren zu kaufen, und lehnten sogar deutsche Reparationen ab - Israel erlebte gewalttätige Demonstrationen, als seine Regierung 1952 ein Reparationsabkommen unterzeichnete - und vermieden jeglichen Kontakt mit diesem Land.

Um mit ihrem eigenen Unbehagen mit ihrer Entscheidung, im "Land der Täter" zu leben, fertig zu werden, erfand die Führung der kleinen jüdischen Gemeinde eine imaginäre Rolle. Sie überzeugten sich selbst und ihre Gemeinde davon, dass sie eine wichtige Rolle als Mittler zwischen dem neuen Deutschland und Israel sowie zwischen Deutschland und Juden weltweit spielten. Dies war eklatant unwahr.

Im Juli 1949 sprach John McCloy, der US-Hochkommissar im besetzten Deutschland, über die Zukunft des jüdischen Lebens in Deutschland: "Was diese Gemeinschaft sein wird, wie sie sich formt, wie sie ein Teil wird und wie sie mit dem neuen Deutschland verschmilzt, wird, so glaube ich, von der ganzen Welt sehr genau und sehr aufmerksam beobachtet werden. Sie wird meiner Meinung nach einer der wirklichen Prüfsteine und der Test für den Fortschritt Deutschlands auf dem Weg zum Licht sein".

Diese Botschaft wurde sowohl von jüdischen als auch von deutschen Politikern verinnerlicht. Mehr als 70 Jahre sind vergangen, und Deutschland ist zweifellos aus der Dunkelheit herausgekommen und ans Licht gekommen. Und doch ist es eine Tatsache, dass Deutschland und Juden weiterhin ein ungesundes, abnormales Verhältnis haben. Der Ruf nach einer Normalisierung der Beziehungen wird von einigen als Zeichen dafür gewertet, dass sie antisemitische Ansichten hegen.

Die Beziehungen zu Israel sind ebenfalls von einem hohen symbolischen Gewicht geprägt. In einer dramatischen Ansprache vor der Knesset im Jahr 2008 erklärte Bundeskanzlerin Angela Merkel, dass die Gewährleistung der Sicherheit Israels Teil des deutschen Staatsräson sei, der "Staatsräson" - seiner Mission, Rechtfertigung und besonderen historischen Verantwortung. Die Erklärung war hauptsächlich emotional - Deutschland wird wahrscheinlich keine Soldaten in Israels Kriege schicken - aber Merkel war klar, dass die Verantwortung nicht verhandelbar sei.

Fast 75 Jahre sind vergangen, seit Deutschland sein Vernichtungsprogramm zur Befreiung der Welt von Juden eingestellt hat, und es ist zu einem Land geworden, das tatsächlich viele Juden anzieht, um dort zu leben. Es war kein leichter Weg. Viele Juden der zweiten Generation nach dem Holocaust wollten nicht bleiben, und 1989 zählte die schrumpfende jüdische Gemeinde in Deutschland weniger als 30.000 Mitglieder. So wurde eine Notlösung gefunden, um ein völliges Aussterben der Gemeinde zu verhindern, indem "neue" Juden aufgenommen wurden. In den 1990er Jahren, nach der Auflösung der Sowjetunion, nahmen mehr als 200.000 Juden aus den Staaten der ehemaligen Sowjetunion ein offenes Visumsangebot der deutschen Regierung an und ließen sich in Deutschland nieder. Eine weitere Gruppe nichtdeutscher Juden, die Deutschland und insbesondere Berlin attraktiv finden, sind junge Israelis. Die Zahl der Israelis, die derzeit in Berlin leben, wird auf 10-30.000 geschätzt.

Das Verhältnis Deutschlands zu den Juden und zu Israel ist verständlicherweise von der Vergangenheit geprägt. Dies hat jedoch dazu geführt, dass sie ritualisiert und künstlich geworden ist. Ein konkreter Akt symbolisiert es gut: Etwa einmal im Jahr finden die Bundeskanzlerin und/oder der Bundespräsident die Gelegenheit, den Juden öffentlich ihren Dank für ihren Aufenthalt in Deutschland auszusprechen.

Und Bundespräsident Walter Steinmeier stellte kürzlich in Yad Vashem fest, er sei "beladen mit der schweren, historischen Last der Schuld", aber auch "erfüllt von Dankbarkeit für die uns entgegengestreckten Hände der Überlebenden, für das neue Vertrauen, das uns die Menschen in Israel und in der Welt entgegenbringen, für das blühende jüdische Leben in Deutschland". Deutsche Politiker und deutsche Medien, aber auch die breite Öffentlichkeit, gehen außerordentlich vorsichtig vor, wenn es um jüdische oder israelische Angelegenheiten geht.

Ein Teil dieser zusätzlichen Sensibilität drückt sich in einem anderen Merkmal der deutschen Politik aus: dem Philosemitismus. Wenn Antisemitismus Judenfeindlichkeit ist, weil sie "Juden" sind - eingebildete negative Eigenschaften, die man ihnen nachsagt - dann ist Philosemitismus das Gegenteil. Er ist eine unkritische Liebe zu Juden, nur weil sie Juden sind, unabhängig von ihrer Persönlichkeit, Moral oder ihren Handlungen. Einige Deutsche, die vom Philosemitismus betroffen sind - was für viele eine andere Art ist, mit ihren Schuldgefühlen umzugehen - sind merklich obsessiv, wenn es um Angelegenheiten geht, die mit Juden oder Israel zu tun haben.

Auf den ersten Blick sollte es keinen Grund geben, gegen Weltverbesserer Einwände zu erheben. Und doch führt die "positive" Besessenheit von jüdischen Angelegenheiten, die in ihrer zwanghaften Inbrunst der von Antisemiten nicht unähnlich ist, Philosemiten oft zu anomaler und schädlicher Agitation und politischer Aktivität.

Wenn der Philosemitismus die Augen vor israelischen Menschenrechtsverletzungen oder Ungerechtigkeiten verschließt, dann ermöglicht er das Schlechte, nicht das Gute. Wenn der Philosemitismus einen solchen Schutzschild über Juden und jüdisches Leben errichtet, dass diese mehr und mehr in ein wohlwollend gemeintes Ghetto eingeschlossen werden, dann ist er eher schädlich als nützlich. In diesem Zusammenhang ist anzumerken, dass Umfragen in Deutschland zeigen, dass die reflexartig pro-israelische Haltung der politischen Eliten und der sich selbst identifizierenden Philosemiten von der allgemeinen Bevölkerung nicht geteilt wird. Ein weiteres deutsches Phänomen, das die deutschen Diskussionen über jüdische und israelische Angelegenheiten gelegentlich verzerrt, ist die kleine, aber ziemlich aggressive

Gruppe, die sich selbst als anti-Deutsche bezeichnet. Sie schreckt nicht davor zurück, Ansichten, die sie nicht akzeptieren, als "antisemitisch" zu etikettieren.

Anti-Deutsche ("Anti-Deutsche") begannen als eine antinationalistische politische Splittergruppe der radikalen Linken des Landes. Nur ein Nationalismus ist sakralisiert: der israelische. Scharfe Unterstützung für Israel und Widerstand gegen den Antizionismus sind ein wichtiges Merkmal des antideutschen Denkens.

Es gibt drei weitere kritische Teilnehmer am deutschen Diskurs über Juden, Antisemitismus und Israel. Es handelt sich um den Zentralrat der Juden in Deutschland (das repräsentative Dachorgan der Gemeinde), den Staat Israel, der direkt, aber auch über verschiedene informelle und teilweise unter dem Radar laufende Kanäle tätig ist, und die große amerikanisch-jüdische Interessenvertretung, das American Jewish Committee (AJC).

Ihre Lobbyarbeit, zusammen mit der unermüdlichen Arbeit philosemitischer Bundestagsabgeordneter, hat Deutschland unter Druck gesetzt, eine substanzielle neue und meines Erachtens unnötige Bürokratie zur "Bekämpfung" des Antisemitismus aufzubauen: Zaren des Antisemitismus, sowohl auf Bundes- als auch auf Landesebene. Es ist bemerkenswert, dass deutsche Politiker nicht den Anstand besaßen, die mehr als vier Millionen Muslime, von denen viele regelmäßig Islamophobie erleben, mit einer parallelen Ernennung zur Behandlung von Fragen der antimuslimischen Aufhetzung und Gewalt zu bedenken. Oder vielleicht noch besser, eine einzige Funktion zu schaffen, die sich sowohl mit Rassismus als auch mit Antisemitismus befasst?

Und wenn schon nicht Anstand, so doch zumindest Pragmatismus: Es besteht kein Zweifel, dass Juden, die bereits als privilegierte Minderheit betrachtet werden, offenbar eine Sonderbehandlung erhalten. In meiner Untersuchung zum Antisemitismus unter Muslimen in Deutschland äußerten einige meiner Befragten Ressentiments gegen eine Sonderbehandlung, wie etwa zusätzliche Sicherheit für Synagogen, im Vergleich zu dem null zusätzlichen Schutz, den die Staaten den Moscheen gewähren, obwohl sie von der gewalttätigen extremen Rechten bedroht werden.

Diejenigen, die sich für eine Verschmelzung von anti-israelischem Aktivismus und Antisemitismus einsetzen - die erklärte Haltung Israels selbst wie auch der Trump-Administration - sind ebenfalls sehr aktiv und zunehmend erfolgreich in Kampagnen, die darauf abzielen, keine plattformunabhängigen Meinungen zu verbreiten, mit denen sie nicht einverstanden sind. Im Klartext, um solche Stimmen zu boykottieren. Einzelpersonen, Organisationen und Staaten des Antisemitismus zu beschuldigen war schon immer eine wichtige Waffe in Israels Arsenal, um diejenigen zum Schweigen zu bringen, die es

kritisieren, was zu dem absurden Konstrukt führt, fälschlicherweise zu behaupten, dass die Boykott-, Desinvestitions- und Sanktionsbewegung antisemitisch sei.

Der jüngste Erfolg dieser Kampagne war die Entscheidung des Bundestages, die BDS als antisemitisch zu definieren. Die Entscheidung hat die unmittelbare Folge, dass jeder, der offen über diese gewaltfreie palästinensische zivilgesellschaftliche Bewegung diskutieren will, von allen öffentlichen Körperschaften, der Regierung, den Kommunalverwaltungen und halbstaatlichen Organisationen, Kirchen, Universitäten und anderen Organisationen nicht mehr unterstützt wird. Die israelische Botschaft, der Zentralrat der Juden in Deutschland, sogar der Bundeszar des Antisemitismus drängen aggressiv auf die Umsetzung dieses Bundestagsbeschlusses.

Diese einzigartige Mischung von Akteuren, die alle eine besondere Rolle im Verhältnis Deutschlands zu den Juden, zu Israel und zum Antisemitismus fordern und erhalten, hat zu einer ungesunden Situation geführt: ungesund für Deutschland und ungesund für die deutschen Juden, von denen rund 90 Prozent Einwanderer aus der ehemaligen Sowjetunion und ihre Nachkommen sind. Sie wurden von der deutschen Regierung ins Land geholt, um als Juden zu dienen, um jüdisches Leben zu ermöglichen, weil Deutschland glaubt, dass es eine jüdische Gemeinde braucht, um zu beweisen, dass sie "sauber" ist.

Zu diesem Zweck haben politische und kommunale Institutionen und Rituale eine Gemeinschaft mit einer Meta-Mission geschaffen, eine Gemeinschaft, die in einer seltsamen, verweichlichten Blase lebt, die auch für die rechte israelische Politik mobilisiert, ja sogar bewaffnet wird.

Damit ein Wandel stattfinden kann, muss die jüdische Gemeinde selbst ihn herbeiführen. Weder die Philosophen noch die Anti-Deutschen werden wahrscheinlich ihr Gesangbuch ändern. Israel und die es unterstützenden Akteure, seien es einflussreiche amerikanisch-jüdische Gruppen oder andere, sind entschlossen, die Angst Deutschlands, des Antisemitismus beschuldigt zu werden, auszunutzen, um möglichst viel Kritik an Israel zu verdecken. Die jüdische Gemeinde braucht eine Führung, die den Weg zur Normalität weist. Es ist unwahrscheinlich, dass dieser Wandel von der nicht-jüdischen Mehrheit Deutschlands ausgehen wird.

Es bleibt zu hoffen, dass die deutsch-jüdische Gemeinde, die derzeit den Kampf gegen den Antisemitismus nicht nur als notwendige Selbstverteidigung, sondern als integralen Bestandteil der Definition ihrer eigenen Identität zu betrachten scheint, einen Ausweg aus diesem morbiden Muster findet. Das sind Menschen, die sich entschieden haben, nach Deutschland zu kommen und einfach nur in Deutschland zu leben. Punkt. Die Juden in Deutschland selbst sollten die Vorstellung ablehnen, dass sie eine metahistorische Rolle zu spielen haben. Eine neue Post-Merkel-Administration könnte eine gute Gelegenheit für einen Neuanfang sein.

*Der in Israel geborene Dr. David Ranan ist Politikwissenschaftler und Autor, der seine Zeit zwischen London und Berlin aufteilt. Sein jüngstes Buch ist "Muslimischer Antisemitismus": Eine Gefahr für den gesellschaftlichen Frieden in Deutschland?". ("Muslimischer Antisemitismus: Eine Gefahr für den gesellschaftlichen Frieden in Deutschland?") (2018). Seine aktuelle Arbeit konzentriert sich auf politische Terminologie und ihre Manipulationen. Sein Buch zu diesem Thema soll Ende 2020 in Deutschland erscheinen. Twittern: @davidranan*

David Ranan

<https://www.haaretz.com/jewish/.premium-jews-in-germany-don-t-need-special-treatment-any-more-1.8781024>